

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – September 2016

Inhalt

Nachrichten von COFACE – Families Europe	1
COFACE – Families Europe begrüßt EP-Vereinbarkeitsbericht	1
COFACE – Families Europe diskutiert Soziale Säule	1
COFACE – Families Europe unterstützt Forderung nach einem „neuen Europa“	1
Familie und Digitalisierung – COFACE und AGF laden ein	1
Nachrichten aus den EU-Institutionen	2
Parlamentsbericht zur Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben	2
FEMM-Ausschuss kritisiert Prioritäten der Ratspräsidentschaft	2
Kommissionspräsident kündigt Europäischen Solidaritätskorps an	3
EuGH erschwert Ausweisung straffällig gewordener Eltern	3
EWSA zu den Rechten von im Haushalt lebenden Pflegekräften	3
Weitere Nachrichten	3
Europäische Säule sozialer Rechte in der Diskussion	3
Neues europäisches Netzwerk SDG Watch Europe	4
Kinderrechtsorganisationen begrüßen Beschluss des UN-Kinderrechtsausschuss	4
UNESCO-Forscher schlagen „European Family Support Network“ vor	4
Fördermöglichkeiten im Bereich Kinderschutz	5
Nachrichten aus den europäischen Staaten	5
Studie zur Geschlechtergerechtigkeit in Polen	5
Berichte und Studien	5
FRA-Bericht zu Familienzusammenführung in der EU	6
UNICEF-Bericht zur Lage von flüchtenden Kindern	6
Eurochild Scorecard für niederländische Ratspräsidentschaft	6
Dokumentation zum International Family Equality Day 2016	6
Eurofound-Forschung zu nachhaltigem Arbeiten und Wohnen	7
Studie zur Rentenlücke zwischen Frauen mit und ohne Kindern	7
Bevorstehende Veranstaltungen	7

Nachrichten von COFACE – Families Europe

COFACE – Families Europe begrüßt EP-Vereinbarkeitsbericht

Das Europäische Parlament hat am 13. September 2016 den „Bericht über die Schaffung von Arbeitsmarktbedingungen zur Förderung eines ausgewogenen Verhältnisses von Berufs- und Privatleben“ verabschiedet (s. unten). COFACE – Families Europe hatte sich im Vorfeld für diesen Bericht stark gemacht und begrüßt nun dessen Verabschiedung im EP-Plenum. Er stelle einen großen Schritt dar, hin zu einer Politik, die auf die Bedürfnisse von Familien in Europa eingehe. Dies sei zum einen als klares Bekenntnis des Parlaments zu verstehen, sich weiter für Familien einzusetzen, zum anderen aber auch als Aufforderung an die Sozialpartner und die Kommission, ein umfassendes und ehrgeiziges Vereinbarkeitspaket vorzulegen, so wie es im Fahrplan der Kommission im vergangenen Jahr angekündigt worden ist.

COFACE – Families Europe diskutiert Soziale Säule

COFACE – Families Europe hatte zum 27. September zu einer Diskussionsveranstaltung zur Europäischen Säule sozialer Rechte eingeladen. Vertreter aus den Mitglieds- und Partnerorganisationen von COFACE – Families Europe erörterten die Frage, welchen Beitrag die ESSR zu einer modernen und innovativen europäischen Familienpolitik leisten kann – sowohl auf lokaler Ebene als auch im politischen Raum. COFACE – Families Europe ist der Überzeugung, dass es notwendig ist, die soziale Seite der Europäischen Union zu stärken, damit sich die Europäerinnen und Europäer besser mit dem europäischen Projekt identifizieren könnten. Deshalb beteiligt sich die Organisation am Diskussionsprozess und hat in diesem Rahmen ein Papier vorgelegt, in dem die ESSR aus familienpolitischer Sicht beleuchtet wird.

- [Zum COFACE-Diskussionspapier](#)  

COFACE – Families Europe unterstützt Forderung nach einem „neuen Europa“

COFACE – Families Europe gehört zu den 177 europäischen Nichtregierungsorganisationen, die am 12. September 2016 eine gemeinsame Erklärung für „Ein neues Europa für die Menschen, den Planeten und Wohlstand für alle“ veröffentlicht haben. Europa stehe an einem Scheideweg, die Errungenschaften der europäischen Zusammenarbeit seien in Gefahr. Deshalb sei ein erneuertes Engagement aller Europäer vonnöten, um Entsolidarisierung und Marginalisierung entgegenzutreten. Die EU müsse ihre politische Ausrichtung umsteuern: Wirtschaftspolitik müsse durch eine verstärkte Sozial- und Umweltpolitik ergänzt werden. Die Erklärung plädiert für „ein besseres Europa, nicht weniger Europa“. Ein solches Europa zeichne sich aus durch eine Schwerpunktsetzung auf Gleichberechtigung und Inklusion, Gute Arbeit, verbesserte Lebensbedingungen, Umweltschutz und eine gemeinsame europäische Anstrengung zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen.

- [Zur Erklärung](#)  

Familie und Digitalisierung – COFACE und AGF laden ein

COFACE – Families Europe und die AGF veranstalten am 7. und 8. November 2016 gemeinsam eine Tagung zum Thema Familie und Digitalisierung. Experten und Expertinnen aus Verbänden, Wissenschaft und Politik sind eingeladen, sich in Podiumsdiskussionen, Arbeitsgruppen und Netzwerk-Sitzungen über die Herausforderungen der Digitalisierung auszutauschen und zu erörtern, welche Auswirkungen damit für Familien einhergehen. Das Themenspektrum reicht dabei von der Analyse digitaler Daten über den Beitrag

von Digitalisierung zur Lösung der Vereinbarkeitsfrage hin zur *sharing economy* und deren Bedeutung in Hinblick auf das Haushaltsbudget von Familien.

- [Zum Tagungsprogramm mit Informationen zur Anmeldung](#)

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Parlamentsbericht zur Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben

Das Europäische Parlament hat am 13. September 2016 einen umfangreichen „Bericht zur Schaffung von Arbeitsmarktbedingungen zur Förderung eines ausgewogenen Verhältnisses von Berufs- und Privatleben“ verabschiedet. Darin wird betont, dass die Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben im Sinne der EU-Grundrechtecharta zu einem Grundrecht für alle Menschen werden müsse. Dieses Recht müsse zur grundlegenden Zielausrichtung der europäischen Sozialsysteme werden. In diesem Sinne werden die EU und die Mitgliedstaaten aufgefordert, Sozialmodelle für Unternehmen zu fördern, in denen das Recht auf ein ausgewogenes Verhältnis von Berufs- und Privatleben vorgesehen ist.

Weitere Schwerpunkte der Parlamentsentschließung betreffen die Bedeutung von Gleichstellung und Vereinbarkeit für die Erwerbsbeteiligung von Frauen, die gerechtere Aufteilung der Betreuungs- und Haushaltspflichten, Schutz vor Diskriminierung, den Mangel an vergleichbaren, umfassenden, verlässlichen und regelmäßig aktualisierten Gleichstellungsdaten sowie die Überwindung des Geschlechtergefälles bei bezahlter und unbezahlter Arbeit.

Insbesondere fordert das Parlament die Kommission auf, Richtlinien über Vaterschafts- sowie Pflegeurlaub vorzulegen. Von den Mitgliedstaaten fordert es, mittels arbeits- und sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften sowohl für Frauen als auch für Männer „Betreuungsgutschriften“ einzuführen, die als gleichwertige Beitragszeit bei der Rentenanwartschaft angerechnet werden. So sollen diejenigen geschützt werden, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, um Angehörigen informelle und unbezahlte Pflege zukommen zu lassen.

- [Zum Parlamentsbericht zur Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben](#)

FEMM-Ausschuss kritisiert Prioritäten der Ratspräsidentschaft

Die Prioritäten der slowakischen Ratspräsidentschaft sind im EP-Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) auf Kritik von Seiten der Abgeordneten gestoßen. Diese bezog sich weniger auf die konkreten Vorhaben der Ratspräsidentschaft, sondern vielmehr auf die Abwesenheit von gleichstellungspolitischen Inhalten. Die Abgeordneten befürchten verlorene Monate für diesen Politikbereich. Konkret fragten sie nach den Plänen der Ratspräsidentschaft in Bezug auf die Frauenquoten-Richtlinie und ob neue Vorschläge zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erwarten seien. Der slowakische Minister für Arbeit, Soziales und Familie, Jan Richter, der die Ratspräsidentschaft im FEMM-Ausschuss vertrat, betonte, dass die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sehr wohl zu den grundsätzlichen Zielen der Ratspräsidentschaft gehöre. Eine wichtige Priorität sehe man in der Verbesserung der Beschäftigungslage für Frauen, denn dies bilde die Grundlage für eine generelle Verbesserung der Lage von Frauen. Als konkrete Vorhaben, die die Slowakei im Rat weiter bearbeiten wolle, nannte er die Gleichbehandlungsrichtlinie und den Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention.

Kommissionspräsident kündigt Europäischen Solidaritätskorps an

In seiner Rede zur Lage der Union hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Einrichtung eines Europäischen Solidaritätskorps angekündigt. Junge Menschen unter 30 Jahren aus der ganzen EU sollen als Freiwillige in Krisensituationen Hilfe leisten und dafür eine finanzielle Unterstützung erhalten. Durch ihre Teilnahme an dem Solidaritätskorps würden die Teilnehmer ihr Engagement und ihre Bereitschaft ausdrücken, einen Abschnitt ihres Lebens der Hilfe für andere zu widmen und gleichzeitig Fähigkeiten und Erfahrung sammeln, einschließlich Sprachkenntnissen, die wertvoll für den späteren Beruf oder die weitere Ausbildung sein können. Das Europäische Solidaritätskorps soll bis Ende des Jahres eingerichtet werden. Junckers Ziel ist es, dass bis 2020 100.000 junge Menschen daran teilnehmen werden.

EuGH erschwert Ausweisung straffällig gewordener Eltern

Der Europäische Gerichtshof hat im September in zwei Urteilen entschieden, dass straffällig gewordene Drittstaatsangehörige unter Umständen nicht ausgewiesen werden können, wenn ihre minderjährigen Kinder EU-Bürger sind. In den konkreten Fällen ging es um alleinerziehende Elternteile, deren Kinder in der EU geboren und aufgewachsen sind. Die Kinder hätten im Falle einer Ausweisung des alleinerziehenden Elternteils ebenfalls aus der EU ausreisen müssen.

EWSA zu den Rechten von im Haushalt lebenden Pflegekräften


Mit den Rechten von im Haushalt lebenden Pflegekräften befasst sich eine Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), die am 29. September vom EWSA-Plenum verabschiedet wurde. Darin finden sich konkrete Forderungen und Vorschläge für Maßnahmen, um die Situation dieser Pflegekräfte zu verbessern. Als Grundlage für alle Maßnahmen gelte es, zunächst quantitativ zu erfassen, wie viele Menschen in diesem Bereich arbeiten, über welche Qualifikationen sie verfügen, wie ihre Lebenssituation ist etc. Der EWSA unterstreicht, dass im Haushalt lebende Pflegekräfte auf ähnliche Weise behandelt werden sollten wie andere Pflegekräfte. Das bedeutet, dass sie einen ähnlichen Schutz genießen sollten, z. B. eine Begrenzung der Arbeitszeit und einen Schutz gegen Scheinselbstständigkeit. Im Haushalt lebende angestellte Pflegekräfte dürften darüber hinaus nicht von einschlägigen Beschäftigungsregelungen der EU und der Mitgliedstaaten ausgeklammert werden, z. B. von angemessener Bezahlung, Gesundheitsschutz- und Sicherheitsvorschriften, sozialer Sicherheit und dem Recht auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen.

- [Zur Stellungnahme](#)

Weitere Nachrichten

Europäische Säule sozialer Rechte in der Diskussion

Das Europäische Netzwerk gegen Armut (EAPN) hat zur geplanten Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) Stellung genommen. Das Netzwerk begrüßt die Initiative grundsätzlich, äußert jedoch die Befürchtung, dass die ESSR in der geplanten Ausgestaltung nicht ausreichen werde, um die sozialen Rechte Europäer und Europäerinnen zu gewährleisten. Zwar seien die angesprochenen Felder alle relevant, aber die Dominanz wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Ansätze sowie das Fehlen eines expliziten Bekenntnisses zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit gäben Anlass zur Sorge. Außerdem sei nicht klar, welchen Grad an Verbindlichkeit die in der ESSR aufgeführten Rechte hätten.

Eurochild hat sich ebenfalls mit der ESSR befasst und ein so genanntes Briefing Paper veröffentlicht, in dem der Kommissionsvorschlag analysiert wird. Das Papier fragt u.a. danach, inwiefern über die ESSR die Kommissionsempfehlung „In Kinder investieren“ (vgl. EuropaNews [02/2013](#) ) gestärkt und umgesetzt werden kann.

Auch die Europäische Allianz für Investitionen in Kinder hat eine Stellungnahme zur ESSR abgegeben. Sie begrüßt den Kommissionsvorschlag und insbesondere den Anspruch, finanzielle und ökonomische Belange mit sozialen Themen auszubalancieren. Es wird das Potenzial anerkannt, dass die Säule bietet, um der Kinderarmut ein Ende zu bereiten und das Wohlergehen von Kindern zu befördern.

Im März 2016 hat die EU-Kommission zur öffentlichen Konsultation zur Europäischen Säule sozialer Rechte eingeladen. Die Säule soll die wesentlichen sozialen Rechte der Bürgerinnen und Bürger sowie die Grundsätze gut funktionierender und fairer Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme zum Inhalt haben und so zur Vereinheitlichung der Wirtschafts- und Währungsunion in Beschäftigungs- und Sozialfragen beitragen. Bis Ende des Jahres haben europäische und nationale Institutionen oder Organisationen sowie die Zivilgesellschaft und die Wissenschaft Zeit, ihre Stellungnahmen abzugeben.

- [Zum EAPN-Positionspapier](#)  
- [Zum Eurochild-Briefing Paper](#)  
- [Zur Stellungnahme der Allianz für Investitionen in Kinder](#) 

Neues europäisches Netzwerk SDG Watch Europe

Über 60 europäische Nichtregierungsorganisationen haben sich zum Netzwerk SDG Watch Europe zusammengeschlossen. Sie stammen u.a. aus den Sektoren Entwicklungszusammenarbeit, Umweltschutz, Soziales und Menschenrechte und haben sich zum Ziel gesetzt, die EU und die nationalen Regierungen zur Verantwortung zu ziehen, wenn es darum geht, die Nachhaltigen Entwicklungsziele der UN umzusetzen.

- [Zum Internetauftritt von SDG-Watch Europe](#)

Kinderrechtsorganisationen begrüßen Beschluss des UN-Kinderrechtsausschuss

Im Juli hat der Kinderrechtsausschuss der Vereinten Nationen einen *General Comment* zum Einsatz öffentlicher Mittel zugunsten der Rechte von Kindern. Die *General Comments* dienen dazu, die Kinderrechtskonvention zu konkretisieren. Eurochild hat nun gemeinsam mit weiteren internationalen Kinderrechtsorganisationen den neuen Kommentar begrüßt. Er stelle ein zentrales Dokument dar, das den Staaten helfe, die Umsetzung der Kinderrechtskonvention zu beschleunigen. Denn solange keine öffentlichen Mittel für die Ziele der Konvention zur Verfügung gestellt würden, blieben die darin enthaltenen Bestimmungen zum größten Teil leere Versprechen.

- [General comment on public budgeting for the realization of children's rights](#)  

UNESCO-Forscher schlagen „European Family Support Network“ vor



Vor dem Hintergrund der Forschungen, die innerhalb des UNESCO Forschungsnetzwerks für Kinder, Jugend und Gesellschaft in den letzten Jahren zum Thema Familienhilfe betrieben wurden, hatte das *Child and Family Research Centre* der Universität Galway Anfang September zu einem Sondierungstreffen eingeladen. Hier wurde die Idee eines Europäischen Netzwerks für Familienhilfe erörtert. Beteiligt waren neben Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aus verschiedenen europäischen Ländern auch Vertreter von

Eurochild und von Lumos, einer Organisation, die sich für Kinder einsetzt, die in Kinderheimen leben. Sie plädierten dafür, dass im Netzwerk Forschung mit Politik und Praxis verbunden werden sollte. Im Frühjahr 2017 sollen bei einem Folgetreffen die diskutierten Pläne konkretisiert werden.

- [Nähere Informationen bei Eurochild](#) 

Fördermöglichkeiten im Bereich Kinderschutz

Die EU-Kommission hat unter der Programmlinie „Rights, Equality and Citizenship Programme 2014-2020“ zwei Ausschreibungen im Themenbereich Kinderschutz veröffentlicht. Es können zum einen Projekte gefördert werden, die integrierte und multidisziplinäre Ansätze für Kinder umsetzen, die Opfer von Gewalt geworden sind. Zum anderen stehen Fördergelder für Projekte zur Verfügung, die sich einen besseren Schutz für geflüchtete Kinder zum Ziel gesetzt haben. Bewerbungsschluss ist jeweils im Dezember.

- [Zum Call “To support integrated and multidisciplinary child-centred approaches to child victims of violence”](#) 
- [Zum Call “To support capacity building on rights of the child and child protection for professionals in asylum and migration”](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Studie zur Geschlechtergerechtigkeit in Polen

Eine Studie, die im Auftrag des Europäischen Parlaments erstellt wurde, befasst sich mit der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern in Polen. Sie gibt einen Überblick über die Gesetzesreformen der jüngsten Zeit, über politische Maßnahmen und Institutionelles. Im Besonderen werden folgende Themenfelder behandelt: Frauen in politischen Entscheidungspositionen, Reproduktionsrechte, Menschenhandel, häusliche Gewalt, Zugang zum Arbeitsmarkt sowie die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben. Ein abschließendes Kapitel diskutiert die öffentliche Wahrnehmung von Geschlechterthemen und führt Beispiele auf, wie geschlechtsbezogenen Stereotypen entgegengewirkt werden kann.

- [Zur Studie](#)  

Berichte und Studien

Jährlicher OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“ erschienen

Die OECD hat ihren jährlichen Bildungsbericht veröffentlicht. Darin wurden in Anlehnung an die UN Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zehn neue Bildungsziele formuliert und in Indikatoren übersetzt. Neben Kanada und Australien gehören Belgien und die Niederlande als einzige EU-Mitgliedstaaten zu den insgesamt vier von 35 OECD-Ländern, die mindestens sieben der zehn OECD-Bildungsziele der nachhaltigen Entwicklung erfüllen.

- [Zum Bericht](#) 

FRA-Bericht zu Familienzusammenführung in der EU

Die Grundrechteagentur der EU (FRA) veröffentlicht regelmäßig Überblicksberichte zu Themen mit Bezug zu den Grundrechten in der EU. Der Themenschwerpunkt der aktuellen Ausgabe liegt auf der Suche nach Familienangehörigen und der Zusammenführung von geflüchteten Familien. Die FRA fasst darin die rechtliche Grundlagen zusammen, erläutert die Praxis der Familienzusammenführung und führt die Probleme auf, die sich dabei stellen. Haupthindernisse bei der Familienzusammenführung seien fehlende Dokumente, Fehler bei der Verarbeitung der Namen, die Geschwindigkeit, mit der sich Migrantinnen und Migranten innerhalb der EU-Länder bewegen, und die schleppende Identifizierung derjenigen, die bei der Überquerung des Mittelmeers umgekommen sind. Systematische oder zuverlässige Daten darüber, wie viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit oder ohne Familie nach Europa kommen und zur genauen Zahl von Anträgen auf Familienzusammenführung lägen nicht vor.

- [Zum „Thematic focus: Family tracing and family reunification“](#) 

UNICEF-Bericht zur Lage von flüchtenden Kindern

„Uprooted“ („Entwurzelt“) ist der Titel des Berichts, den UNICEF im Zusammenhang mit dem Weltgipfel zu Flucht und Migration veröffentlicht hat, der im September in New York stattfand. Darin sind die aktuell verfügbaren Zahlen und Fakten über geflüchtete oder migrierte Kinder zusammengestellt. Insgesamt lebten 31 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren außerhalb ihres Geburtslandes, einschließlich elf Millionen Flüchtlingskinder und Kinder, die um Asyl suchen. Weitere 17 Millionen Mädchen und Jungen seien vor Krieg und Gewalt innerhalb ihres eigenen Landes auf der Flucht (Binnenvertriebene). Die Zahl der Flüchtlingskinder unter dem Mandat des Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) habe sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt. Eins von 200 Kindern weltweit sei heute ein Flüchtlingskind. Fast die Hälfte aller Flüchtlingskinder (45 Prozent) sei 2015 aus nur zwei Ländern gekommen: Syrien und Afghanistan.

- [Zum UNICEF-Fact Sheet: Kinder auf der Flucht](#) 
- [Zum Bericht](#)  

Eurochild Scorecard für niederländische Ratspräsidentschaft

Eurochild bewertet regelmäßig den Einsatz der europäischen Ratspräsidentschaften für die Stärkung der Kinderrechte. Dabei werden insbesondere vier Fragen berücksichtigt: Inwiefern wurde Kindern zugehört? Wurden Kinderrechte vorangebracht? Wurde der Kampf gegen Kinderarmut weitergetrieben? Inwiefern wurden Kinderrechte im Sinne eines Mainstreamings gestärkt? Die Niederlande haben für ihre Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2016 in allen vier Bereichen überdurchschnittlich gut abgeschnitten.

- [Zu den Scorecards](#) 

Dokumentation zum International Family Equality Day 2016

Am 1. Mai 2016 fand der fünfte *International Family Equality Day (IFED)* statt, der auf die Anerkennung von Regenbogenfamilien in der Gesellschaft aufmerksam machen will. Über 74 Veranstaltungen in 36 Ländern unter dem Motto „Familien ohne Grenzen“ berichtet der *Annual Report* des IFED-Netzwerks. Im kommenden Jahr wird der IFED am 7. Mai gefeiert, das Motto lautet dann: Love makes a family.

- [Zum IFED-Bericht](#) 

Eurofound-Forschung zu nachhaltigem Arbeiten und Wohnen

Eurofound, die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen hat zwei neue Veröffentlichungen vorgelegt. Ein Bericht fragt nach den Folgen ungünstiger Wohnverhältnisse in Europa. Welche Kosten für die Lebensqualität und die Gesundheit sind damit verbunden, wenn Menschen unter schlechten Bedingungen wohnen? Welche Maßnahmen können Wohnbedingungen verbessern und soziale und finanzielle Folgekosten reduzieren? Ein zweiter Bericht befasst sich mit alternsgerechten Arbeitsbedingungen. Eurofound verwendet den Begriff "Nachhaltiges Arbeiten" und meint damit Lebens- und Arbeitsbedingungen, die dazu beitragen, dass Menschen ein gesamtes Arbeitsleben in Arbeit bleiben können. Der Bericht stellt Maßnahmen aus zehn EU-Staaten vor, die diesem Ziel folgen, und untersucht, inwiefern diese in eine kohärente politische Strategie eingebettet sind.

➤ [Zu den Eurofound-Publikationen](#)

Studie zur Rentenlücke zwischen Frauen mit und ohne Kindern

Im Auftrag des Frauenrechtsausschusses des Europäischen Parlaments hat die Parlamentsverwaltung eine Studie durchgeführt, die sich mit der Lücke zwischen den Renten von Müttern und Frauen ohne Kinder befasst. Der Bericht fasst zusammen, welche Rentenreformen in den EU-Mitgliedstaaten in den letzten Jahren durchgeführt wurden und welchen Einfluss sie auf die Renten von Frauen hatten. Es wird deutlich, dass Rentenreformen zu einem höheren Armutsrisiko für ältere Frauen mit familienbedingten Erwerbsunterbrechungen führen können, wenn nicht Maßnahmen getroffen werden, die explizit auf deren Situation abzielen.

➤ [Zur Studie](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
11.-13. Okt. 2016 Vilnius, Litauen	2016 ISSA Conference „ Early Childhood in Times of Rapid Change “	ISSA
13. Okt. 2016 Berlin, Deutschland	„ Die vergessene Krise: Jugendarbeitslosigkeit in Europa “	Europäische Akademie Berlin
17. Okt. 2016 Hamburg, Deutschland	„ What family law for Europe? “	Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht
03.-04. Nov. 2016 Tallin, Estland	Conference on Children's Rights in the Migration Crisis and in the Digital Environment	Europäische Kommission, Europarat
04. Nov. 2016 Luxemburg, Luxemburg	Recent developments in the coordination of family benefits, unemployment benefits and student aid	FreSsco Network

07.-08. Nov. 2016 Berlin, Deutschland	The impact of digitalisation on 21st century families - what role for Europe?	COFACE – FAMILIES EUROPE, AGF
08.-09. Nov. 2016 Paris, Frankreich	„Children’s Rights in Alternative Care: Walk the Talk!“	SOS Kinderdörfer, Europarat, Eurochild
17. Nov. 2016 Brüssel, Belgien	„Changing working conditions in Europe: Moving towards better work“	Eurofound
30. Nov. 2016 Brüssel, Belgien	„The European Pillar of Social Rights: perspectives for social security“ – ESIP 20th Anniversary Conference	European Social Insurance Platform (ESIP)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Einemstr. 14, 10785 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30-2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

